

1. Bundesversammlung

14. 8. 49

H S S - Archiv  
München  
Sign. Nr. 3187

# DIE DEUTSCHEN WAHLEN

## vom 14. August 1949

- I. Die Bundestagswahlen, ein entscheidender Schritt zur deutschen Einigung
- II. Wahlrecht ist Wahlpflicht
- III. Worum geht es bei diesen Wahlen
- IV. Die CSU und das Bonner Grundgesetz
- V. Der soziale Gedanke und die Sorge um die Heimatvertriebenen
- VI. Zur Wirtschaftspolitik
- VII. Zur außenpolitischen Lage
- VIII. Kulturpolitik und Jugendfürsorge
- IX. Unsere Wahlparole:  
Macht Bayern stark für Deutschland

### ANHANG:

- Zur Mitläufer-Frage
- Unsere Stellung zur Bayernpartei
- Die SPD zu Kirche und Familie

## I.

### Die Wahlen vom 14. August 1949 für den ersten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland

Die Wahl zum ersten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland, die am 14. August 1949 stattfindet, ist ein — man kann sagen einmaliges! — Ereignis, nicht nur im politischen Leben Deutschlands, sondern überhaupt in der deutschen Geschichte. Seit Dezember 1932, also 16½ Jahre später, ist es wieder das erstemal, daß es

in Deutschland gemeinsame deutsche Wahlen gibt,

welche die Bezeichnung **frei, geheim und unbeeinflußt** verdienen, die also in demokratischer Weise eine Willenserklärung des deutschen Volkes bringen.

Nach der verhängnisvollen Berufung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar des Jahres des Unheils 1933, gab es zwar noch ein paarmal in Deutschland sogenannte „Wahlen“, die aber alles andere als frei, geheim und unbeeinflußt genannt werden konnten. Damals, im Dritten Reich, hat man mit dem deutschen Volk Schindluder getrieben und versucht, dem Ausland vorzuspiegeln, daß die neue Gewaltherrschaft durch das Volk gebilligt werde. Schließlich verzichtete man auch auf diese Komödie, als Hitler seine Macht durch allerlei Gewaltakte so sehr gefestigt glaubte, daß er auch die letzte Maske abwarf.

Nach dem schmachvollen Zusammenbruch des Dritten Reiches mit der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 begann allmählich der demokratische Wiederaufbau Deutschlands. Er vollzog sich zunächst in den einzelnen Ländern, wo seit Januar 1946 — die Länder der amerikanischen Zone waren dabei am frühesten daran! — in planmäßiger Entwicklung demokratische Wahlen in Gemeinden, Städten, Landkreisen und schließlich auch in den Ländern selbst durchgeführt wurden. Auf diese Art erfolgte schrittweise im demokratischen Sinn der Aufbau der öffentlichen Verwaltung und der Regierung.

Mit dem 14. August 1949 beginnt nun ein neuer Abschnitt. Wenn es auch den Westmächten nicht gelang, durch Verhandlungen mit Sowjet-Rußland zu erreichen, daß die sechs Länder der Ostzone sich zur Schaffung einer Verfassung für die künftige Bundesrepublik Deutschland mit den elf Ländern der drei Westzonen vereinigen, so sind es nun doch immerhin 45 Millionen Menschen, die durch das Bonner Grundgesetz vom 8. Mai 1949, dem vierten Jahrestag der Kapitulation des Dritten Reiches, die Grundlage für einen gemeinsamen, staatlichen Aufbau

empfangen und die nun durch die Wahl ihrer Abgeordneten zum ersten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland

an die Konstituierung des Bundesstaates selbst herantreten.

Zum erstenmal gibt es wieder gemeinsame deutsche Wahlen und nicht nur Wahlen zu den Landtagen der einzelnen Länder.

Und was es bedeutet,  
**freie, geheime und unbeeinflusste Wahlen**  
haben zu können, das erkennen wir in aller Deutlichkeit, wenn wir unseren **Blick** auf die **20 Millionen Deutscher** richten, die in der **sowjetischen Besatzungszone** leben müssen.

Aus den Wahlen vom 14. August 1949 sollen **Sachwalter des deutschen Volkes** hervorgehen, die einen **Staat bauen**, der hoffentlich **sehr bald** zur politischen **Heimat** auch **unserer Brüder** in der **sowjetischen Zone** wird.

Was der Parlamentarische Rat in den Eingangsworten zum Grundgesetz ausgesprochen hat, wird eine **hohe Pflicht** auch für die künftigen **Abgeordneten des ersten Bundestages** sein, nämlich:

„Auch für jene Deutsche zu handeln, denen mitzuwirken versagt ist.“

## II.

### Wahlrecht ist Wahlpflicht

Lange Erfahrungen lehren, daß der **Monat August** für wichtige Parlamentswahlen **nicht günstig** ist. Sehr viele Familien genießen in diesem Monat ihren **Urlaub außerhalb ihres Wohnortes**. Jene Bevölkerungsteile aber, die aus irgendeinem Grund dies nicht tun wollen oder tun können, benützen den Sonntag sehr gerne zu einem ausgiebigen Wochenende oder zu einem Ausflug ins Grüne. Dieses Jahr aber ist die Gefahr noch größer, da **der auf den Wahltag folgende Montag**, der 15. August, als Fest Mariä Himmelfahrt in einem großen Teile unseres Landes kirchlicher Feiertag ist. Dadurch ist die Verlockung, mit dem Samstag ein schönes dreitägiges Wochenende zu beginnen, besonders groß.

Aber **gerade so ungünstig** wie für große Teile der städtischen Bevölkerung, ist Mitte August für jenen sehr bedeutenden Teil unseres Volkes, der in diesen Wochen überhaupt nicht an ein Ausspannen denken kann, nämlich unsere **Landbevölkerung**, die schon zufrieden ist, wenn sie von der schweren Erntearbeit auch nur ein paar Stunden ausruhen kann.

Aus diesen Umständen erwächst die ganz große Gefahr, daß eine **schlechte Wahlbeteiligung** den Eindruck in der Welt erweckt, als ob

**das deutsche Volk der Gestaltung seines Schicksals nur mäßiges Interesse**

entgegenbringe. Im Hinblick darauf, daß die Einengung unserer Volkssouveränität durch das **Besatzungsstatut** um so **schneller abgebaut** werden kann, **je mehr** das **deutsche Volk** sich als willens und fähig erweist, **aus sich selbst** heraus sein **Schicksal zu gestalten** — im Hinblick also auf diese ganz große Chance, ist

**stärkste Wahlbeteiligung geradezu eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland.**

Mit beiden Händen muß jeder Wahlberechtigte zugreifen, um beim Bau des künftigen Deutschland mitzuwirken. Nur wer mit Blindheit geschlagen ist oder wer **nicht einen Funken von Verantwortlichkeitsgefühl** besitzt, kann auf die Ausübung seines Wahlrechtes verzichten.

Der hier vorgetragene Gesichtspunkt trifft ganz allgemein auf jeden Wähler zu.

Die **Wähler** aber, die auf dem Boden des **christlichen Staatsgedankens** stehen, müssen sich dazu noch bewußt sein, daß es im **Bundesparlament** um die

große Auseinandersetzung mit der sozialistischen Staatsidee gehen wird.

Unter diesen zwei Gesichtspunkten müssen unsere Wähler an eine Überprüfung der Aufgaben herangehen, an deren Lösung die Männer und Frauen ihres Vertrauens in den kommenden vier Jahren mitzuarbeiten haben.

### III.

## Worum geht es bei diesen Wahlen?

#### Zum Ersten:

Schon der Zusammentritt und die Konstituierung des Bundestages, die voraussichtlich ungefähr 14 Tage nach der Wahl erfolgen wird, bringt eine bedeutsame Entscheidung. Der **Präsident des Bundestags** wird nach parlamentarischem Brauch aus den Reihen der stärksten Fraktion nach deren Vorschlag gewählt. Wenn die **sozialdemokratische Fraktion** die **größte** im Bundestag wird, wird ein **Sozialdemokrat Präsident des Bundestages**, und er wird die deutsche Volksvertretung nicht nur im innerdeutschen politischen Leben, sondern auch gegenüber den Parlamenten der anderen Länder und insbesondere in der Interparlamentarischen Union vertreten. Die parlamentarische Visitenkarte Deutschlands wird dann sozialistisch sein.

#### Zum Zweiten:

Am Tag nach der Konstituierung des Bundestages tritt die **Bundesversammlung** zusammen, um (ohne Aussprache) den **Bundespräsidenten zu wählen**. Die Bundesversammlung besteht aus den ungefähr 400 Bundestagsabgeordneten und der gleichen Zahl von Wahlmännern, die nach Art. 54 des Grundgesetzes von den Landtagen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl bestimmt werden. Wenn nun in dieser **Bundesversammlung** von etwa über **800 Mitgliedern** die **Mehrheit der Linken** angehört, dann wird **auch der Bundespräsident aus dieser politischen Richtung** kommen und die **Bundesrepublik Deutschland** wird als **links ausgerichteteter Staat** im internationalen Leben dastehen.

#### Zum Dritten:

Der **Bundespräsident** wird **sofort nach seiner Wahl** die **Regierungsbildung** in die Hand nehmen. Er wird wohl zunächst mit Abgeordneten der stärksten Fraktion Besprechungen über eine Regierungsbildung führen. Wenn die **sozialdemokratische Fraktion die größte des Bundestages** wird, dann wird **dieser Fraktion** als erster und wahrscheinlichster die **Chance der Regierungsbildung** zufallen. Die Stellung des Bundeskanzlers ist nach dem Grundgesetz viel stärker als die des Reichskanzlers unter der Weimarer Verfassung. Ein Mißtrauensvotum gegen den Bundeskanzler ist nur dann erfolgreich, wenn **mit dem Antrag auf ein Mißtrauensvotum gleichzeitig** ein Vorschlag für die Person eines **neuzuwählenden Bundeskanzlers** vorgelegt wird. Das nennt man konstruktives Mißtrauensvotum.

Der **Bundeskanzler**, der also zwei bis drei Wochen nach dem 14. August auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag gewählt wird, verbleibt danach auf **vier Jahre im Amt**. Die von ihm gebildete Regierung wird **sein Gepräge** zeigen und **von ihm** in der Richtung seiner politischen Auffassungen gesteuert werden, auch wenn eine Koalitionsregierung zustande kommen sollte.

**Das Amt des Bundeskanzlers ist also das ausschlaggebendste und einflußreichste Amt**

das es in Deutschland gibt. Daneben steht dann das Amt des Bundesinnenministers, in welchem sich eine außerordentlich große Machtfülle häuft.

Ist der **Bundeskanzler Sozialdemokrat**, wird die **große Linie der Politik sozialistisch** sein. Fast unabwendbar ist in diesem Fall die Gefahr, daß das große **Machtinstrument des Bundesinnenministeriums** in die Hände der **Sozialdemokratie** gelangt.

#### **Zum Vierten:**

Der **Vollzug des Grundgesetzes** wird eine **große Zahl von Ausführungsgesetzen** erfordern. Im Grundgesetz gibt es eine ansehnliche Anzahl von Artikeln, die zwar grundsätzliche Festsetzungen enthalten, bei denen aber vermerkt ist: „das **Nähere bestimmt ein Bundesgesetz**“. Bei der Schaffung dieser Bundesgesetze durch den Bundestag werden viele der Probleme wieder aufleben, die bei der Beratung der betreffenden Artikel des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat behandelt wurden. Und **wiederum** wird dann die **Entscheidung im Sinne der Mehrheit** fallen. Wenn die **Mehrheit links** gerichtet ist und die Sozialdemokratie die größte Fraktion darstellt, dann werden auch die **Entscheidungen im Sinne der Linken** fallen, gleichgültig, ob es sich dabei um kulturpolitische, um wirtschaftliche, sozialpolitische oder staatsrechtliche Probleme handelt. Der Kampf um eine zentralistische oder föderalistische Staatsauffassung wird aufs neue entbrennen und wird noch viel schroffer geführt werden als im Parlamentarischen Rat.

Wenn die **Linke die Mehrheit** gewinnt, gewinnt die **sozialistische Staatsvorstellung** die Herrschaft. Es werden der **Föderalismus** und der **Ländergedanke** erneut größten **Gefahren** ausgesetzt sein.

#### **Zum Fünften:**

Die **gemeinsame Aufgabe des Bundestages und der Bundesregierung** ist die **Errichtung der Bundesrepublik Deutschland**, zunächst und vorläufig durch Zusammenschluß der bisherigen drei westlichen Besatzungszonen.

Es werden in in diesem Staate, solange die Ostzone noch nicht beitreten kann, doch immerhin über 45 Millionen Menschen beisammenleben.

Die Umstellung des Wirtschaftslebens von der Zwangswirtschaft auf die freie aber sozialverpflichtete Marktwirtschaft muß weitergeführt und abgeschlossen werden.

Die **Sozialpolitik** muß wieder von gemeinsamem Geist erfüllt und fruchtbar gestaltet werden. Insbesondere ist der **Wohnungsbau als Hauptbedürfnis Nr. 1** mit allen erdenklichen Mitteln zu fördern. Der **Lastenausgleich** und großzügige **Kreditgewährung** müssen ermöglichen, die ungefähr 12 Millionen Heimatvertriebenen wirklich in das deutsche Volk als gleichberechtigte Schicksalskameraden einzubauen. Ein umfangreicher **Steueraufbau** wird als Voraussetzung für ein gesundes Wirtschaftsleben rasch herbeigeführt werden.

All das wird aber nur möglich sein durch eine bedeutende **Minderung der Besatzungskosten** und der **Kriegsfolgelasten**, d. h. durch eine Kürzung um mehrere Milliarden Mark.

#### **Zum Sechsten:**

Ein besonderes Wort an die **Landwirtschaft** und den **gewerblichen Mittelstand**.

Diese beiden großen Stände gehen sehr kritischen Zeiten entgegen. Die **Zollpolitik der Linken** hat sich in den vergangenen Jahrzehnten **niemals als mittelstands- und landwirtschaftsfreundlich** erwiesen. Man kann bestimmt nicht erwarten, daß sie sich in Zukunft ändern wird. Wenn die Wähler aus diesen großen Schichten am 14. August 1949 nicht zur Wahl gehen, weil entweder die Städter das schöne Wetter lockt oder weil die Bauern durch die Erntearbeit in Anspruch genommen sind, dann werden sie es später bitter bereuen müssen, daß sie am Tage der Entscheidung ihres eigenen Geschickes ihre Pflicht nicht erfüllt haben.

#### **Zum Siebten:**

Eine ganz **große Wende** aber muß kommen im **Verhältnis Deutschlands zum Ausland**. Bisher hatten wir ja keine echten Beziehungen zum Ausland, sondern nur Beziehungen zu den Besatzungsmächten. An ihrer Hand durften da und dort die Deutschen einmal die Nase über die Grenze in ein fremdes Land stecken. Ursprünglich der Kontrollrat, dann im weiteren Verlauf die drei Westalliierten waren im vollsten Sinne des Wortes unsere Vormünder.

Nun wird mit Konstituierung des deutschen Bundes, also spätestens in der ersten Hälfte des Monats September, das **Besatzungsstatut** in Kraft treten. Es wird **keine Militärregierung mehr** geben, sondern eine Hohe Kommission, der nur noch in begrenztem Umfang ein Anordnungsrecht zusteht. Nach spätestens 18 Monaten wird es im Sinne einer weiteren Entwicklung überprüft werden. Sehr deutlich spricht die Botschaft der Außenminister vom 5. April 1949 aus Washington an den Parlamentarischen Rat in Bonn davon, daß Deutschland seinen Platz in der Gemeinschaft der europäischen Völker einnehmen soll.

Die Bundesregierung wird **Vertreter** entsenden in den **Europäischen Rat** nach Straßburg. Es hat Vertreter zu benennen für die internationale **Ruhrverwaltung**. Deutschland wird Stellung nehmen müssen zum **Atlantikpakt**, und es liegt durchaus im Bereich des Möglichen, daß die bald ins Leben tretende Bundesregierung auch berufen ist, **Verhandlungen über einen Friedensvertrag** zu führen.

Aus diesen kurzen Darlegungen ersieht man die ungeheuere Bedeutung der Wahlen für den ersten Bundestag und die Verantwortung, die jeder Wähler zu tragen hat.

### **IV.**

#### **Die CSU und das Bonner Grundgesetz**

Bei dieser nachdrücklichen Betonung der Wichtigkeit der Wahlen und bei der von allen Parteikörperschaften ausgesprochenen ernststen Bereitschaft, am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und an der Gestaltung ihres politischen Lebens mit aller Kraft mitzuarbeiten, wird vielleicht die Frage erhoben werden, wie sich diese Haltung der CSU mit der Ablehnung des Bonner Grundgesetzes durch die übergroße Mehrheit unserer Partei vereinbaren lasse.

Dazu muß grundsätzlich erklärt werden, daß das „**Nein**“ zum **Bonner Grundgesetz** nicht auch ein „**Nein**“ bedeutet zur **Schaffung des neuen**

**deutschen Staates.** Wir fühlen uns vielmehr verpflichtet, besonders **eifrig-tätige Mitarbeit** zu leisten, damit jene Bestimmungen des Grundgesetzes, die wir aus weltanschaulichen und staatspolitischen Gründen als für Bayern abträglich ansehen, sich nicht ungehemmt zu ganz großem Nachteil für die christliche Weltanschauung und für den bundesstaatlichen Gedanken auswirken.

Die **acht Abgeordneten der CSU** im Parlamentarischen Rat kämpften von Anfang an für einen **wahrhaft bundesstaatlichen Aufbau** der künftigen Bundesrepublik Deutschland. Sie fanden dabei noch ungefähr die gleiche Zahl von Gesinnungsfreunden in der gemeinsamen Fraktion der CDU/CSU, welche vom Föderalismus die gleiche Vorstellung hatten. Außerdem noch die zwei Vertreter der Deutschen Partei in Niedersachsen. Die anderen Mitglieder der CDU-Fraktion wollten im Rahmen des Wortes Föderalismus eine **wesentlich** andere Staatsgestaltung in die Tat umsetzen. Vorübergehend hatten einmal die Verhandlungen mit den anderen Parteien einen Punkt erreicht, wo man auf eine für Bayern einigermaßen erträgliche Gestaltung hoffen konnte. In den allerletzten Tagen vor der Schlußabstimmung ergab es sich aber, daß **gegen die Stimmen der CSU-Vertreter eine Anzahl von Bestimmungen beschlossen** wurden, die mit **wesentlichen Auffassungen** der überwiegenden Mehrheit der CSU in schroffem Gegensatz standen.

Nach eingehender Erwägung des Für und Wider konnte sich der Großteil der CSU-Abgeordneten nicht entschließen, diese grundsätzlichen Bedenken zurückzustellen und für das Grundgesetz zu stimmen.

Damit haben diese sechs Abgeordneten zum Ausdruck gebracht, daß sie **den Weg, der zum staatlichen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland** von der Mehrheit des Parlamentarischen Rates vorgezeichnet wurde, **nicht für richtig** halten.

Die „**Nein**“-Sager, deren **Haltung** später von der **Landtagsfraktion** und von den Parteiinstanzen der CSU, ferner von der Mehrheit des Landtages am 19. Mai gebilligt wurde, haben aber jederzeit voll und uneingeschränkt **anerkannt**, daß der **Zusammenschluß** der elf Länder der **drei Westzonen** als Vorstufe der Vereinigung aller vier Zonen als das **dringlichste Bedürfnis** für das deutsche Volk anzusehen ist, und daß sie an der Verwirklichung in allen ihren Kräften mitzuwirken bereit sind. Diese Gedanken sind in einer **Erklärung** niedergelegt, die bei der Schlußabstimmung im Parlamentarischen Rat in der Mitternachtsstunde des 8. Mai 1949 der CSU-Abgeordnete **Dr. Joseph Schwalber** abgab. Es empfiehlt sich sehr, dieses Dokument genau zu studieren, weil es alle wesentlichen Gesichtspunkte der CSU klar zum Ausdruck bringt.

Außer den sechs in dem Dokument genannten Abgeordneten der CSU stimmten **auch** die zwei Vertreter der **Deutschen Partei** (Niedersachsen) und des **Zentrums** mit „**Nein**“.

Daß das „**Nein**“ der beiden Kommunisten aus ganz anderen Beweggründen als das „**Nein**“ der bisher genannten Mitglieder des Parlamentarischen Rates hervorging, braucht nicht besonders betont zu werden. Die **Kommunisten** lehnen grundsätzlich den Zusammenschluß der drei Westzonen **überhaupt** ab, und ebenso **grundsätzlich** lehnen sie auch den **demokratischen Inhalt** des Grundgesetzes ab.

### Erklärung von Abgeordneten der CSU

zur Abstimmung über das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland im Parlamentarischen Rat in Bonn am Rhein am 8. Mai 1949.

Die Abgeordneten der CSU sind einmütig in dem Willen, das gesamte deutsche Volk zu einer kraftvollen Einheit zusammenzufassen und sehen in der Bundesrepublik Deutschland einen Weg zur Erreichung dieses Zieles.

Sie erstreben einen Bundesstaat, dessen Gliedern die Entfaltung eines echten staatlichen Lebens im Rahmen der deutschen Einheit durch das Grundgesetz gewährleistet wird.

Sie sind nach Bonn gekommen mit dem festen Entschluß, zur Verwirklichung dieses Zieles an der Schaffung des Grundgesetzes mitzuwirken, und haben uneingeschränkte Mitarbeit geleistet.

Sie haben dem Bund alle Befugnisse zugewiesen, die zur Durchführung seiner gesamtdeutschen Aufgaben notwendig sind. Aus diesem Grunde haben sie in weitem Maße in eine Beschränkung der Rechte der Länder unter der Voraussetzung eingewilligt, daß auf der anderen Seite die Länder bei der Bildung des Gesamtwillens in angemessenem Verhältnis beteiligt würden.

Eine Beteiligung ist den Ländern zwar durch den Bundesrat eingeräumt. Dessen bereits festgelegte Befugnisse wurden aber in den letzten Wochen Stück um Stück wesentlich geschmälert.

Bestimmungen zur **Sicherung des bundesstaatlichen Aufbaues**, die in keiner Weise der Bundesgewalt Abbruch getan hätten, wurden **gestrichen**.

Das **Finanzwesen des Bundes** und der Länder wurde in einer Form geregelt, die eine **eigene gesunde Finanzwirtschaft der Länder wohl nicht mehr ermöglicht**. Die neu hinzugefügten Bestimmungen über die Dotationen des Bundes an die Länder geben Raum für einen **unübersehbaren Einbruch in die durch das Grundgesetz gewährleisteten Hoheitsrechte der Länder**, namentlich auf kulturellem Gebiet.

**Damit ist das Grundverhältnis zwischen Bund und Ländern entscheidend gestört.**

Weiter bietet das Grundgesetz **keinen Schutz gegen eine unheilvolle Entwicklung des Parteiwesens durch eine Wiederholung der Partei-zersplitterung**.

Endlich war es **nicht möglich, zu erreichen**, daß das **Grundgesetz sich eindeutig und entschieden zu den Gedanken unserer christlichen Staatsauffassung bekennt**.

Wir — die Abgeordneten Kleindinst, Kroll, Laforet, Pfeiffer, Seibold und Schwalber — sind deshalb **nicht** in der Lage, dem Grundgesetz in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Wir erklären aber auch in dieser Stunde mit allem Nachdruck, daß wir uns trotz unserer Einwände gegen dieses Grundgesetz dem neuen Staat und Gesamtdeutschland aus tiefstem Empfinden heraus verpflichtet fühlen.

Bonn a. Rh., den 8. Mai 1949.

Dr. Schwalber.

In dem sogenannten **Frankfurter Dokument Nr. 1 vom 1. Juli 1948**, das den Auftrag an die Ministerpräsidenten der drei Westzonen enthielt, Vorbereitungen für das Zusammentreffen einer parlamentarischen Körperschaft zur Schaffung einer deutschen Verfassung zu treffen, war die **endgültige Billigung des Verfassungswerkes einer Volksabstimmung in den Ländern vorbehalten. Bei der Genehmigung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneure** bestimmten diese aber, daß die Billigung durch die Landtage auszusprechen sei.

Die **Bayerische Staatsregierung** unterbreitete dem Landtag zwei **Anträge**, die Ministerpräsident Dr. Ehard am **19. Mai 1949 im Landtag** begründete. Die Anträge lauteten:

1. Der Landtag wolle darüber beschließen, ob dem Grundgesetz in der vorliegenden Fassung die Zustimmung erteilt werden soll.
2. Der Landtag wolle einen Beschluß herbeiführen, daß bei Annahme des Grundgesetzes in zwei Dritteln der deutschen Länder, in denen es zunächst gelten soll, die Rechtsverbindlichkeit dieses Grundgesetzes auch für Bayern anerkannt wird, wie es Art. 144 Abs. 1 des Grundgesetzes vorsieht.

Nach einer außerordentlich lebhaften Aussprache, die sich von Donnerstag, den 19. Mai, bis in die früheren Morgenstunden des 20. Mai 1949 hinzog und bei der nicht weniger als 35 Wortmeldungen erfolgten, wurde von der Mehrheit des Landtags dem Grundgesetz die Zustimmung versagt, aber seine Rechtsverbindlichkeit anerkannt bei Annahme in zwei Dritteln der deutschen Länder.

**Grundsätzlich** ist von seiten der CSU zu dieser großen Auseinandersetzung zu bemerken:

Wir betrachten den **föderalistischen Aufbau** aus tiefster Überzeugung für die **Lösung**, bei der **nicht nur Bayern** und jedes einzelne Land, sondern auch **die ganze Bundesrepublik** Deutschland sich **am besten entfalten** kann. Einem Grundgesetz, das dieser Entfaltung ohne Not gewisse Schranken setzt, könnten wir aus Gewissensgründen nicht zustimmen. Wir waren es dem bayerischen und dem deutschen Volke schuldig, offen zu erklären, daß wir eine bessere Verfassung gewünscht hätten.

Besonders **pfiffige Leute** schreien nun gleich Zeter und Mordio und erklären: „Wer zum Grundgesetz nein gesagt hat, habe auch bei der weiteren Ausgestaltung nicht mitzureden.“ Das könnte manchen Leuten gerade so passen.

Wenn ich mit einem anderen auf einem gemeinsamen Grundstück aus gemeinsamen Vermögen ein Haus bauen will und der andere kommt mit einem Bauplan daher, den ich nicht für gut halte, dann verliere ich durch meine Ablehnung nicht das geringste von meinem Recht am Grundstück und Vermögen. Ja, ich werde mich erst recht darum kümmern, daß beim Bau des Hauses doch noch nach Möglichkeit meine Vorschläge berücksichtigt werden.

So geht es auch mit dem Bau unseres deutschen Hauses. Wir fühlen uns **im Gewissen verpflichtet**, auch weiterhin die **Hüter und Vorkämpfer der föderalistischen Grundstücke zu bleiben** und darüber zu **wachen**, daß die christlichen und **föderalistischen Elemente** der Verfassung in der künftigen Bundesrepublik **nicht noch weiter zurückgedrängt** werden. Deshalb rufen wir in diesem Wahlkampf alle bayerischen Männer und Frauen zur

Urne. Sie sollen Abgeordnete in den Bundesrat entsenden, die auch weiterhin für einen Aufbau kämpfen, der die Rechte des einzelnen, der die Rechte des Staates und die Rechte der Bundesrepublik in christlichem Sinne miteinander in Einklang bringt.

## V.

### Der soziale Gedanke und die Sorge um die Heimatvertriebenen

Die Versuche zur Lösung der sozialen Frage, d. h. das Bemühen, die Lage auch der ärmeren Schichten und die Verhältnisse der durch Alter oder Krankheit am Erwerb des hinreichenden Lebensunterhaltes verhinderten Menschen so zu gestalten, daß alle sich hinreichend ernähren und angemessen kleiden können, daß sie in menschenwürdigen Räumen untergebracht werden und auch der Erhaltung ihrer Gesundheit Aufmerksamkeit widmen können — dieses Bemühen ist in den deutschen Parlamenten schon seit den 70er Jahren als eine der wesentlichsten Aufgaben behandelt worden.

Soziale Gesinnung und der Gedanke der Nächstenliebe sind die Bahnbrecher gewesen und sind gegenüber dem Egoismus heute noch die treibenden Kräfte. Darum ist das Bemühen um die Besserung der Lage weitester Schichten eine **Herzensangelegenheit auch der kirchlichen Gemeinschaften**. Wenn man von der Auswirkung der sozialen Gesetze in Deutschland spricht, von der Krankenversicherung, der Unfall- und Altersversicherung, der Angestelltenversicherung und von allen sonstigen Formen der Sicherstellung der Einzelperson gegen Krankheit und Not, wenn man die Wirkung all dieser Einrichtungen lobt, dann darf man nicht vergessen, **die Enzykliken zweier großer Päpste anzuführen**. Papst Leo XIII. war der Bahnbrecher sozialer Gesinnung und seine Enzyklika *Rerum novarum* ist ein stolzes Denkmal. Zum 40jährigen Jubiläum dieser Enzyklika erschien dann am 15. Mai 1931 das Rundschreiben des Papstes Pius XI. *Quadragesimo anno*. Die in den beiden Enzykliken niedergelegte **christliche Soziallehre** hat heute wieder größere Bedeutung denn jemals.

Der verlorene Krieg hat unser ganzes soziales Gefüge bis auf die Grundmauern erschüttert. Aus Besitzenden wurden Bettler. Millionen von Familien wurden von Haus und Hof vertrieben und fristen ein kümmerliches Dasein in armseligen Unterkünften.

Immer deutlicher wird die Verarmung, die wir als Erbe der wahnwitzigen nationalsozialistischen Großmannsucht und als Ergebnis des großen Zerstörers Krieg auf uns lasten haben.

Unser Volk kämpft verzweifelt **gegen die Verproletarisierung**. Es ist etwas Schauerliches, wenn der Mensch nur noch an die notwendigsten Bedürfnisse des Lebens denkt;

wenn ihm alles andere, sei es die Lage des Nächsten oder das Ansehen eines Volkes oder das Schicksal seines Staates, gleichgültig wird;

wenn der Mensch also stumpf in seinen materiellen Sorgen hinvegetiert.

Die eigene Not ist in unserem Volke schon sehr groß. Aber sie nahm ein gewaltiges Ausmaß an, als Millionen von Heimatvertriebenen in unser Land hereingepreßt wurden.

Alle Sozialpolitik kann nur erfolgreich sein; wenn sie mit einer fruchtbaren Wirtschaftspolitik Hand in Hand geht, um das **Flüchtlingsproblem** zu lösen. Diese Aufgabe geht aber weit über den Bereich des einzelnen Landes hinaus. Wir haben in Bayern auf 100 ursprüngliche Einwohner heute 30 Neubürger, also eine Gesamtzahl von 2 200 000. Bayern ist kein reiches Land. Aber trotzdem hat es zugunsten der Heimatvertriebenen große Leistungen aufzuweisen. Das bayerische Volk hat mit bestem Willen große Belastungen auf sich genommen. Aber trotzdem konnte es wegen der Beschränktheit seiner Mittel nicht alles tun, was nötig ist, **um die Lage der Neubürger befriedigend** zu gestalten. Das Land Bayern wird auch in Zukunft sich mit seiner eigenen Kraft aufs höchste anstrengen. Aber die entscheidenden Maßnahmen müssen vom Bund her unter Zusammenfassung der produktiven Kraft des ganzen deutschen Volkes geplant werden und in Verbindung mit der eigenen Tätigkeit der Länder zur Ausführung gebracht werden.

An der Spitze steht dabei die Heranziehung auch der bisher gar nicht oder wesentlich weniger in den Flüchtlingsstrom eingeschalteten Länder anderer Zonen. Dann ist notwendig eine ganz **großzügige Inangriffnahme des Wohnungsbaues** unter Benützung **modernster Bauverfahren** und **modernster Baustoffe**.

Soweit das durch die **Bodenreform** in den einzelnen Ländern erfaßbare Land **landwirtschaftliche Siedlungen** gestattet, müssen sie rasch in die Tat umgesetzt werden.

Für **gewerbliche Unternehmungen von Flüchtlingen** ist der Tüchtigkeit und Tatkraft des einzelnen durch billige Kredite die notwendige finanzielle Grundlage zu bieten.

Nur wenn zwischen den deutschen Ländern ein **Ausgleich in der Belegung mit Heimatvertriebenen** erfolgt, und wenn an die Stelle des Wirrwarrs und der Zufälligkeit bei der Unterbringung und **Selbstmachung der Flüchtlinge** eine **geordnete Planmäßigkeit** tritt, kann eine Besserung der jetzigen trostlosen Lage weiter Flüchtlingskreise eintreten.

Der **Lastenausgleich** und die **Soforthilfe** sind von größter Dringlichkeit geworden. Die CSU und die CDU haben sich dafür in Frankfurt mit aller Kraft eingesetzt und wir werden auch im Bundestag nicht ruhen. Es ist sehr schmerzlich, daß diese Gesetze bis Ende Juli noch nicht von den Militärgouverneuren genehmigt worden waren.

Zu den großen sozialen Pflichten, denen sich das Parlament nicht entziehen darf, gehört die Hilfe für die **Körperbeschädigten**, die **Sozialrentner** und die ohne hinreichende Existenzmittel dastehenden **Hinterbliebenen** aus solchen Familien. Und am allergrößten ist die Pflicht gegenüber den **Heimkehrern** aus der Kriegsgefangenschaft.

Zu den schwerwiegendsten Aufbauschwierigkeiten, die sich uns heute entgegenstellen, gehört das Auftreten einer gewissen **Arbeitslosigkeit**.

Die Entwicklung hat vor allem bei uns in Bayern gezeigt, daß es sich bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit überwiegend nicht um eine **konjunkturelle**, sondern vielmehr um eine **strukturelle** Erscheinung handelt, die als **Nachwirkung des Krieges** und in erster Linie als eine **Folge des außerordentlichen Bevölkerungszuwachses** zu betrachten ist.

Rund 42 vom Hundert aller Arbeitslosen sind Flüchtlinge und rund 5,7 vom Hundert Schwerbeschädigte; das beweist, daß die Krise des bayerischen Arbeitsmarktes in der Hauptsache auf grundlegende bevölkerungsmäßige Veränderungen zurückzuführen ist. Die bayerische Wirtschaft war nach ihrer Struktur und Leistungsfähigkeit trotz ihrer beachtlichen industriellen Ausweitung einfach nicht in der Lage, sich den verhältnismäßig hohen Bevölkerungszuwachs in kurzer Zeit und reibungslos einzugliedern.

Die **Maßnahmen**, die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit eingeleitet wurden, sind daher in erster Linie auf die Beseitigung der strukturellen Ursachen gerichtet. Die Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft bedarf erfahrungsgemäß in jeder Volkswirtschaft, auch in den Siegerstaaten, auch in England, einer gewissen Zeit des Ausgleichs, die eine schwere Belastungsprobe der Wirtschaftspolitik darstellt. Die **Schwierigkeiten Englands** sind wohl der beste Beweis für diese Behauptung. Die Umstellung gestaltet sich in der westdeutschen Wirtschaft deshalb so besonders schwierig, weil es hier nicht allein darauf ankommt, die Wirtschaft auf Friedensproduktion umzustellen, sondern vielmehr die aufs schwerste getroffene Produktionsgrundlage der Wirtschaft erst wieder aufzubauen und darüber hinaus Millionen von Menschen in den Wirtschaftsprozeß neu einzugliedern und ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Die **Eingliederung** der großen Zahl von nur beschränkt arbeitsverwendungsfähigen Kriegsversehrten und der Massenzustrom von Ausgewiesenen, Heimkehrern und illegalen Grenzgängern verursacht eine weitgehende Veränderung des Strukturbildes der bayerischen Wirtschaft. Trotzdem ist es heute schon gelungen, von den 670 000 Arbeitnehmern unter den Flüchtlingen 525 000 und von den 112 600 bei den bayerischen Arbeitsämtern registrierten Schwerbeschädigten rund 93 000 in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

Das ist eine **Leistung Bayerns**, wie sie kein anderes deutsches Land aufweisen kann.

In welchem Maße die strukturelle Verfassung der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit verursacht hat, ist daraus zu ersehen, daß gerade die am meisten agrarisch orientierten Länder Westdeutschlands, die zugleich auch die meisten Flüchtlinge aufnehmen mußten, nämlich Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, auch die höchsten Prozentzahlen der Arbeitslosen mit 12,7, 13,5 und 22,5 vom Hundert aufweisen und damit weit über dem Durchschnitt von 9 vom Hundert liegen. Die rund 800 000 Arbeitslosen dieser drei Länder machen allein annähernd zwei Drittel der Gesamtzahl im vereinigten Wirtschaftsgebiet aus. Andererseits erfreut sich die französische Zone, die bisher kaum Flüchtlinge aufgenommen hatte, mit einer Arbeitslosenziffer von nur 2,9 vom Hundert eines relativ günstigen Standes, und auch Nordrhein-Westfalen hat dank seiner vergleichsweise geringen Zahl von Flüchtlingen nur 4,2 vom Hundert Arbeitslose.

Die dargelegten Tatsachen zeigen mit Deutlichkeit, daß die **Arbeitslosenfrage** von der **Flüchtlingsfrage** nicht getrennt werden kann; sie machen ferner deutlich, daß ihre Lösung nicht auf einer bayerischen, schleswig-holsteinischen oder niedersächsischen Ebene, sondern nur auf einer **gesamtwestdeutschen Ebene** erfolgen kann.

## VI.

### Zur Wirtschaftspolitik

Eine der umstrittensten Persönlichkeiten der Gegenwart ist der Direktor der Wirtschaftsverwaltung für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Professor Dr. Erhard. Er hat den kühnen Schritt gewagt, die **Zwangswirtschaft**, die zu unendlich viel Korruption geführt hatte und die man als längst überholt ansehen mußte, abzubauen und zur sozialverpflichtenden Marktwirtschaft überzugehen. Darum wird er von den Anhängern einer Wirtschaft, die alles und jegliches verwalten und unter Aufsicht und Zwang stellen will, aufs schärfste bekämpft.

Die **Sozialdemokratische Partei** strebt eine sozialistische Wirtschaftsform an, in der auf dem Weg der Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige und durch laufende staatliche Eingriffe in den wirtschaftlichen Ablauf die gesamte Wirtschaft in Abhängigkeit vom Staat gerät. Durch ausgedehnte und bis ins einzelne gehende Planungs-, Lenkungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen soll die gesamte Wirtschaft unter Aufsicht und unter Befehl des Staates gestellt werden.

Die **CDU/CSU** hat als gegenwärtige Trägerin der politischen Verantwortung in Bayern und in Frankfurt das neue System der

#### **sozialen Marktwirtschaft**

geschaffen. Sie hat begonnen, dieses System zu verwirklichen und hat hiebei Leistungen und Erfolge erreicht, die man außerhalb Deutschland als **deutsches Wunder** bezeichnet hat.

Diese Wirtschaftspolitik strebt einen **Ausgleich** zwischen den **wirtschaftlichen Notwendigkeiten** und der **sozialen Gerechtigkeit** an. Soziale Gerechtigkeit kann aber weniger durch eine Erhöhung der Löhne, als durch eine Hebung des realen Wertes der Löhne erzielt werden.

Die Wirtschaft darf und kann nicht ihrer eigenen Gesetzlichkeit überlassen werden. Der Staat muß sie überwachen und bei Mißständen eingreifen. Er darf aber nicht die Wirtschaft gängeln, bevormunden und hemmen. Der Staat muß da eingreifen, wo die augenblickliche Lage auf einem Gebiet von einem Teil der Wirtschaft zuungunsten der sozial schwachen Kreise unseres Volkes mißbraucht werden kann.

Die Wirtschaft darf aber nicht durch die Allmacht der Staatsbürokratie, d. h. durch einen riesigen **Planungs-, Verteilungs- und Kontrollapparat** geführt werden. Dadurch werden die in der Wirtschaft wirkenden Energien von neuem erlahmen, ohne daß daraus die wirtschaftlich schwächeren Schichten unseres Volkes auch nur den geringsten Vorteil hätten. Wir wollen den Menschen endlich daraus befreien, daß er ein **Abholer** von **Kontingenten** und **Zuteilungen** wird. Wir wollen auch den **Erzeuger** und den **Händler** gerade durch die Steigerung der wirtschaftlichen Konkurrenz aus einem **Verarbeiter** und **Verteiler** staatlicher Kontingente wiederum zu einem **Unternehmer** und zu einem **Kaufmann** machen.

Es gibt viele Leute in der Gegenwart, die nicht mehr wissen wollen, wie es vor einem Jahr und in der Zeit vorher ausgesehen hat. Diese Leute wollen die inzwischen eingetretenen **Erfolge** als Ergebnisse der Währungsreform und der amerikanischen Hilfe oder als Geschenk des Zufalles bewerten. Sie übersehen dabei, daß die Währungsreform in

einzelnen Zweigen so schlecht war, daß unsere **Wirtschaftspolitik** sich bemühen mußte, **diese Fehler auszugleichen**. Die wirtschaftlichen Erfolge sind trotz der offensichtlichen **Unzulänglichkeit der Währungsreform** im Kampfe errungen worden.

Es darf dabei nicht verschwiegen werden, daß die schon im Sommer und Herbst 1948 erwarteten Einfuhren in Rohstoffen aus dem **Marshall-Plan** bis zum Januar 1949 hin auf sich **warten ließen**, und daß trotzdem die Politik der sozialen Marktwirtschaft mit Erfolg durchgehalten hat.

Unsere **Industrie-Produktion** ist innerhalb eines Jahres um rund 75 Prozent angestiegen. Wenn man den Stand von 1936 mit der Zahl 100 ansetzt, so hatten wir im Mai 1948 eine Produktion von 49 und im Mai 1949 eine Produktion von 89. Die Produktion der bayerischen Wirtschaft hat sich von Juni 1948 mit einem Stand von 56 bis zum Mai 1949 auf einen Stand von 93 erhöht.

Die **Deutsche Mark** ist heute eine begehrte und **stabile Währung** geworden, die sich des größten Vertrauens im Ausland erfreut. Im November 1948 betrug der Tauschwert für eine DM in Österreich 2—2½ Schilling. Heute bietet man in Österreich bei gleichgebliebenen Preisen für 1 DM 5—6 Schilling.

Der DM-Kurs in der Schweiz ist von 18 Francs im Dezember 1948 auf 70—80 Francs je 100 DM im Juni 1949 gestiegen.

Wenn kürzlich von dem sozialdemokratischen Professor Carlo Schmid in Basel erklärt wurde: „Traut keinem Wunder, traue nicht unserer Währung!“, so ist das ein Verhalten, das an Sabotage grenzt.

Die Erfolge der deutschen Wirtschaftspolitik des letzten Jahres sind erreicht worden gegen die Sozialdemokratie und werden durchgehalten werden trotz der Sozialdemokratie.

## VII.

### Zur außenpolitischen Lage

Die Konstituierung des Bundes und die Bildung der Bundesregierung werden für Deutschland einen wesentlichen Fortschritt in der Richtung der Wiedereingliederung in das internationale Leben mit sich bringen.

**Außenpolitik im wirklichen Sinne des Wortes gab es für Deutschland seit der Kapitulation vom 8. Mai 1945 nicht mehr!**

Die einzelnen Teile Deutschlands, nämlich die Länder, von denen die Mehrzahl in ihrer heutigen Form erst von den Besatzungsbehörden geschaffen worden sind, standen und stehen auch heute noch vollständig unter der Vormundschaft der Militärregierungen. **Die Beziehungen der einzelnen Länder zu ausländischen Regierungen sind auf die Beziehungen zu der jeweiligen Militärregierung beschränkt.**

Wenn Bayern irgendein Anliegen an die Schweizer Regierung hat, z. B. wegen einer Ausstellung deutscher Bilder in der Schweiz, dann kann die bayerische Regierung nicht einfach nach Bern schreiben. Nein, das Anliegen geht zuerst an die Militärregierung für Bayern, von da geht es an die Militärregierung für Deutschland in Berlin; von Berlin nach Washington; von Washington nach Bern. Das dauert ziemlich lange und ist manchmal überhaupt nicht abzuwarten, wenn eine der beteiligten Stellen Einwände erhebt. Die Antwort geht auf dem gleichen — ach so einfachen Weg! — nach München zurück.

Die Beziehungen zwischen den Landesregierungen und den zuständigen Militärregierungen haben im Laufe der Jahre im allgemeinen freundliche Formen angenommen. Aber **rechtlich** ist der **Zustand der absoluten Abhängigkeit** geblieben.

Mit der **Bildung der Bundesregierung** wird es nun aber **zwei grundsätzliche Änderungen von größter Bedeutung** geben.

Die **erste** Änderung besteht darin, daß die auswärtigen Angelegenheiten von den Ländern an den Bund übergehen. Es erfolgt also eine Zusammenfassung an einer Stelle, wie das ja auch im früheren Deutschland war, auch schon vor der Nazizeit und vor der Weimarer Verfassung.

Die **zweite** Änderung besteht darin, daß nicht mehr die Militärregierungen für die einzelnen Besatzungszonen in diesen Beziehungen Deutschlands zum Ausland eine Rolle spielen werden, sondern daß der deutschen Bundesregierung eine Hohe Kommission gegenüberstehen wird, die sich aus drei Hohen Kommissaren, nämlich je einem für die Besatzungsmächte Amerika, England und Frankreich, zusammensetzen wird. Dies ist niedergelegt in dem **Besatzungsstatut**, das mit der Bildung der Bundesregierung in Kraft tritt und frühestens nach neun Monaten, spätestens nach 18 Monaten zu revidieren ist.

Eine unmittelbare Außenpolitik wird aber auch der Bundesrepublik Deutschland zunächst noch nicht möglich sein, da sich die Besatzungsmächte in diesem Besatzungsstatut die Führung und Kontrolle der deutschen Außenpolitik noch vorbehalten haben.

Aber allmählich wird der Deutsche Bund auch in **immer größere Selbständigkeit** in außenpolitischen Angelegenheiten hineinwachsen, und dazu ist erforderlich, daß wir uns ein Bild machen, wie es in der Welt aussieht und welche Stellung wir für Deutschland erstreben.

Im Mittelpunkt der Weltpolitik steht heute das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion. Alle andern Mächte auf der Welt sind durch den Krieg so geschwächt, daß sie keinen entscheidenden Einfluß auszuüben vermögen.

Die Vereinigten Staaten haben ihren Irrtum eingesehen, nämlich, daß sie sich über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion falsche Vorstellungen gemacht haben. Jeder der beiden Mächte scheint entschlossen zu sein, ihre jetzige Machtsphäre zu halten und jeden Versuch der andern Macht, über die eigene Einflußsphäre hinauszugreifen, schroff zurückzuweisen.

In dieser **weltweiten Auseinandersetzung** hat die deutsche Frage für die beteiligten Mächte natürlich nicht die gleiche Bedeutung wie für uns. Für uns ist es die Lebensfrage. Für die andern Mächte sind wir nur ein Objekt ihrer Politik, ein Faktor, der je nach den eigenen Interessen und nach der jeweiligen Lage verschieden beurteilt und gewertet werden.

Es ist das unselige Schicksal Deutschlands, daß in Europa die **Grenzlinie der Interessensphären**, infolge der unglücklichen Kriegspolitik der westlichen Alliierten, **quer durch Deutschland** geht. Somit ist der wesentliche Teil Deutschlands zum Vorfeld der amerikanischen, der östliche Teil zum Vorfeld der sowjetischen Politik geworden. Jede der beiden Mächte versucht in ihrer Einflußzone auch die deutschen politischen Kräfte zu mobilisieren und drängt sie zu einer Entscheidung. Für Deutschland entstand dadurch die tragische Situation, daß es eine **Ent-**

**scheidung** treffen soll, die — wie immer sie ausfällt — in einem gewissen Sinne dem Zusammenhalt innerhalb des deutschen Volkes abträglich werden kann.

Von Amerika her gesehen ist Europa eine gewaltige, der westlichen Welt **vorgelagerte Bastion**, welche die Amerikaner auf jede Weise zu sichern entschlossen sind. Diesem Zweck dient der **Atlantik-Pakt**, durch den Westeuropa militärisch gegen einen Angriff zusammengeschlossen wird. An diesem Sicherungspakt ist Deutschland noch nicht beteiligt.

**Der Marshall-Plan** will die Wirtschaft Westeuropas wieder auf eine gesunde Basis stellen und die westeuropäischen Länder wirtschaftlich lebensfähig machen. Am Marshall-Plan ist auch Westdeutschland in erheblichem Umfang beteiligt. So hat sich ein unmittelbares amerikanisches Interesse an geordneten Zuständen in Westeuropa ergeben.

Aber auch die Sowjetunion verfolgt in ihrer Einflußsphäre von Anfang an eine zielbewußte Politik, die darauf abzielt, ganz Osteuropa und die Ostzone von Deutschland wirtschaftlich und politisch der Sowjetunion dienstbar zu machen.

Was soll nun Bayern und was soll Deutschland in dieser Lage anstreben?

Es gibt überkluge Leute, die uns vorrechnen, daß die Westmächte uns nur aus purem Egoismus hochkommen lassen. Hier kann man nur sagen: Es ist vorteilhafter auch für uns, wenn andere Mächte aus Egoismus, d. h. also — richtiger gesagt! — in ihrem eigenen Interesse **unsern Aufbau fördern**, als wenn sie in uns nur Fürsorge-Empfänger sehen. Der Mensch wird erfahrungsgemäß **des Almosengebens** und der Barmherzigkeit **leicht müde**. Seinen eigenen Vorteil aber vergißt er niemals. Es ist für uns nur vorteilhaft, wenn die Interessssen der andern Mächte in diesem Punkt **mit unsern Interessen zusammenfallen**. Sehr wichtig aber ist es, daß wir unsern staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau selber durchführen können. Wir müssen unser eigenes Haus, wo immer man uns die Freiheit dazu läßt, mustergültig in Ordnung bringen. Wir müssen auch mit **vernünftigen Vorschlägen an die Alliierten herantreten**. Dazu ist eine Bundesregierung notwendig, die Vollmacht hat, im Namen aller Deutschen zu sprechen.

Es ist nur **schade**, daß die Bundesregierung erst so spät zustande kommt. So konnten viele für uns günstige Momente, die in der Entwicklung der letzten Monate lagen, bis jetzt nicht ausgenützt werden.

**Die europäischen Staaten** sind sich bewußt geworden, daß sie — jeder für sich allein — keine entscheidende Rolle in der Weltpolitik spielen können; daß sie **nur gemeinsam** — gestützt auf das gesamt-europäische geistige und kulturelle Erbe —, eine geistige, politische, militärische und wirtschaftliche Macht darstellen, die zwischen Ost und West in Ehren bestehen kann. Ein Blick auf die Karte genügt, um zu zeigen, daß ein in sich **gefestigtes Europa ohne Deutschland nicht denkbar** ist. Darin liegt für das Deutschland von heute eine **große Chance**. Wir können in der europäischen Gemeinschaft, wenn wir uns ernsthaft bemühen, wieder den Platz erringen, der uns nach Geschichte, Kultur und Können gebührt.

Die **Beschränkungen unserer Souveränität**, unserer Wirtschaft, unserer innerstaatlichen Handlungsfreiheit, die wir heute noch als so drückend empfinden, würde viel an Schärfe verlieren, wenn sie als **Vor-**

leistungen für ein geeintes Europa gedacht werden. Denn in diesem Europa wird jeder Staat in gewissem Umfang Beschränkungen seiner Souveränität annehmen müssen.

Aber zunächst müssen wir ein **handlungsfähiges Deutschland** schaffen. Das ist ja der Sinn der Wahl, die jetzt bevorsteht. **Europa wartet auf Deutschland.** Schon haben sich **Organisationen** gebildet, die die europäischen Gesamtprobleme bearbeiten. Männer, wie der französische Außenminister Schuman, wie der englische Außenminister Bevin, wie der frühere englische Ministerpräsident Churchill, arbeiten gemeinsam für diese Idee.

Schon gibt es eine Art **europäisches Parlament**, das in Kürze zusammentreten soll. Auch Deutschland soll Vertreter dazu entsenden. Es wird eine der ersten außenpolitischen Aufgaben der Bundesregierung sein, die deutschen Vertreter zu dem **Europa - Rat** zu ernennen, der in Straßburg zusammentreten wird. Damit tritt Deutschland offiziell wieder ein in die europäische Politik, aus der es 4 Jahre lang vollkommen ausgeschaltet war.

An Ihnen, verehrte Wähler und Wählerinnen, liegt es dafür zu sorgen, daß Deutschland würdig vertreten wird.

Diese Pflicht, für eine würdige **Vertretung Deutschlands** zu sorgen, gilt auch für die bevorstehende Entsendung **deutscher Handelsvertretungen** ins Ausland. Zunächst werden dabei Sowjet-Rußland und die sowjetischen Vasallenstaaten nicht beschickt werden. Aber es kommen doch nahezu 40 fremde Länder in Betracht, insbesondere die Länder des europäischen Wiederaufbau-Planes, der die Verkörperung des Marshall-Planes darstellt.

### VIII.

## Kulturpolitische Angelegenheiten und das Problem der Verwahrlosung der Jugend

Bei dem Überblick über die vielen Probleme, die vom künftigen Bundesparlament und von der Bundesregierung zu behandeln sind, drehte es sich zu einem sehr großen Teile um materielle Fragen. Aber so dringlich diese auch sind und so sehr sie auch in ihrer gehäuften Zahl und in ihrer Wucht uns niederzudrücken geeignet sind, so dürfen wir darüber doch nicht vergessen, daß im Bundestag auch ganz große Auseinandersetzungen über **kulturpolitische Fragen** sich ergeben werden.

Sie wissen, daß von den führenden Männern der beiden großen christlichen Bekenntnisse gegen das Bonner Grundgesetz mit Recht der Vorwurf erhoben wird, daß zwei äußerst bedeutsamen **Grundlagen des christlichen Staates** die Anerkennung versagt geblieben ist. Das eine ist das **Elternrecht**, das andere die Gültigkeit der zwischen den Ländern und dem früheren Reich einerseits und dem Heiligen Stuhl andererseits geschlossenen **Konkordate** und der gleichlaufenden **Kirchenverträge** mit den evangelischen Landeskirchen.

Die Fraktion der CDU und CSU — übrigens auch die kleinen Fraktionen des Zentrums und der Deutschen Partei — vertraten im Parlamentarischen Rat den Grundsatz, daß es als ein **Grundrecht** für jeden in unserer Volke angesehen werden müsse, daß die Eltern über die **Erziehungsform** ihrer Kinder zu bestimmen haben. Gegen diese unsere ganz grundsätzliche Forderung wurden von den Sozialdemokraten und

den Demokraten allerlei Argumente ins Feld geführt. Die einen lehnten unseren Grundsatz ab mit der Begründung, daß damit die ihnen so unerwünschte Bekenntnisschule sich überall durchsetzen könne. Der andere Einwand ging dahin, daß durch die freie **Entfaltungsmöglichkeit der Bekenntnisschulen** unter Umständen für die konfessionellen Minderheiten Zwergschulen und zusammengelegte Klassen notwendig würden, in welchen dem Prinzip der Bekenntnisschule die Qualität des erzieherischen Unterrichtes zum Opfer gebracht würde. Die Linke — und hierin waren sich Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten einig — verschloß sich der einfachen und vernünftigen Schlußfolgerung, daß nur die **Anerkennung des Elternrechtes** allein zur völligen demokratischen Freiheit auf dem Gebiet der Erziehung führen könne; denn die Eltern würden dabei die Möglichkeit haben, für eine christliche Bekenntnisschule zu stimmen oder für eine christliche Gemeinschaftsschule oder für eine bekenntnisfreie Schule. Das wäre echte Demokratie. Aber die Parteien der Linken fürchteten nach vielen Erfahrungen, daß die Elternschaft, bei einer freien und ungehinderten Entscheidung über die von ihnen zu bestimmende Schulform, der Parteiparole nicht folgen würde, weil sie ihre **Gewissenspflicht** gegenüber dem Seelenheil ihrer Kinder **höher schätzt als das Parteiprogramm**.

Über die staatsrechtliche Gültigkeit der **Konkordate** und der **Kirchenverträge** ergaben sich im Parlamentarischen Rat lange Debatten. Zum Schluß kam innerhalb der Mehrheit des Parlamentarischen Rates eine Formel zustande, die in Wirklichkeit nicht gehauen und nicht gestochen ist. Es gibt für die gewählte Formel verschiedene Auslegungsmöglichkeiten und man wird daher mit großen Auseinandersetzungen zu rechnen haben.

Volkvertreter, die wirklich von christlichem Geist zu tiefst erfüllt sind, werden aber nicht nur um staatsrechtliche Bestimmungen kämpfen müssen, welche die Wirkungsmöglichkeit der Kirchengemeinschaften sichern und den verantwortungsbewußten Eltern das Recht geben, ihre Kinder im Geiste ihrer Kirche erziehen zu lassen, sondern sie werden auch sonst noch ein reiches Betätigungsfeld zum Schutze der Jugend finden.

In Berlin wurde im Januar 1949 ein jugendlicher Mörder seiner Eltern zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Dazu schreibt ein **Jugendrichter** in einem Berliner Blatt die ernstesten Worte:

„Ich klage die Öffentlichkeit an, daß sie keine Abhilfe schafft gegen die erschütternde **Verwahrlosung der Jugend**.

Ich klage die Erwachsenen an, daß sie schweigen und zulassen, daß sich Tag für Tag ein trüber Strom von **Schmutz- und Schundliteratur** von obszönen Bildern über unsere Jugend ergießt, dem niemand **Einhalt** gebietet.

Ich klage die Erwachsenen an, die es zulassen, daß für **unanständige Plakate** Papier in Hülle und Fülle vorhanden ist, während für die Schuljugend nur wenig Bücher gedruckt und hergestellt werden können.

Ich klage die Erwachsenen an, die es zulassen, daß genügend **Baustoffe** vorhanden sind, um die **Nachtlokale** wie Pilze aus der Erde schießen zu lassen, während Kinder- und Jugendheime nicht gebaut werden können.

Ich klage die Öffentlichkeit an, daß sie der Jugend kein gutes Beispiel gibt.

Wenn jugendliche Rechtsbrecher vor den Schranken des Gerichts erscheinen, gilt das ‚Schuldig‘ den nicht anwesenden Erwachsenen. Es müßte ein Gesetz geschaffen werden, nach dem die Erziehungsverantwortlichen für den schlechten Einfluß auf die Jugend zur Verantwortung gezogen werden könnten.“

Der Jugendrichter hat recht, wenn er uns alle zur Verantwortung zieht. Mit dieser Verantwortung nehmen wir es meist so leicht, von dieser Verantwortung entbindet sich der Mensch so gern.

Wir tragen mehr Verantwortung, als wir uns dessen bewußt sind.

Die Wähler und Wählerinnen deutscher Männer und Frauen entsenden durch die Wahl vom 14. August 1949 400 auserwählte Vertreter und Vertreterinnen in die Bundeshauptstadt, auf daß sie ihre ganze Kraft und ihre ganze Seele dem großen Werke widmen, das neue Deutschland zu bauen. Möge jedes einzelne Mitglied des kommenden Bundestages immer wieder daran denken, daß nicht nur die materielle Wohlfahrt geschaffen und gesichert werden darf, sondern daß die deutsche Volksvertretung verpflichtet ist, auch den heiligen Gütern der Nation Verteidiger zu sein, das ist die Seele unserer Jugend.

#### IX.

**Euere Zukunft wird so gestaltet, wie die Abgeordneten sind,  
die ihr am 14. August wählt!**

Bei jeder Parlamentswahl wird die Bedeutung dieser Wahl in allen Versammlungen besonders betont und unterstrichen. Die Wähler und Wählerinnen werden mit größter Eindringlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß es ihre dringlichste **Pflicht** ist, mit allen wahlberechtigten Familienangehörigen **ihr Stimmrecht auszuüben**. Diese Mahnung wird auch mit gutem Recht an die Wählerschaft gerichtet. Denn am Wahltag bietet sich mit der Stimmabgabe das einzige Mal für mehrere Jahre die Möglichkeit für den einzelnen, an der Gestaltung seiner Zukunft tätig mitzuwirken.

Dieses Mal aber kann man kaum ein Wort finden, das dem Wähler nachdrücklich genug in das Gewissen reden könnte. Wer nicht erkennt, wie wichtig die Arbeit des künftigen Bundestages für jeden einzelnen in unserer Volke ist, dem kann man einfach nicht helfen. Der hat dann aber auch kein Recht, im weiteren Verlauf auch nur ein Wort der Kritik zu sagen, wenn ihm irgendetwas nicht paßt. Die Wähler haben es jetzt in der Hand, **den Inhalt und das Gesicht des neuen deutschen Staates zu bestimmen**. Dieser Staat wird jenen Geist in sich tragen, der die Frauen und Männer erfüllt, die ihr am 14. August 1949 wählt.

**Wahlfaulheit ist eine Sünde gegen unser Volk!**

Ähnlich groß aber ist der Mangel an Verantwortungsgefühl, wenn jemand seine Stimme einer **Splitter-Partei** gibt. Der Bundestag wird reichlich 400 Mitglieder zählen. Große Parteien werden die Entscheidung fällen. Splitterparteien erreichen erfahrungsgemäß die Ziele nicht, deretwegen sie sich gebildet haben. Aber sie **verhindern die Bildung klarer Mehrheiten** und halten es für einen besonderen Erfolg, wenn sie das Zünglein an der Waage bilden dürfen.

Bei den Bundestagswahlen handelt es sich darum, ob die **Sozialdemokraten** als stärkste Fraktion hervorgehen oder ob die **Anhänger des christlichen Staatsgedankens** diesen umfassenden Angriff abschlagen können. Wehe dem, der aus engem Horizont heraus glaubt, mit vielleicht einem Dutzend Mandaten im Bundestag Einfluß auf die Gestaltung der Geschichte unseres Vaterlandes ausüben zu können. Auf ihn müßte vor der Geschichte Bayerns der Vorwurf fallen, daß er die Bedeutung der Stunde nicht erkannt und deswegen die christlichen Kräfte unseres Volkes zersplittert hat.

Die Christlich-Soziale Union in Bayern kämpft einen großen Kampf, um die **Geltung Bayerns innerhalb des Deutschen Bundes**. Sie kämpft den großen Kampf gegen den Sozialismus.

**Wenn du nicht wählst**, dann unterstützt du dadurch die linksradikalen Elemente; diese gehen bis zum letzten Mann zur Wahl. Unbewußt spielst du so deine Heimat einem roten, sozialdemokratischen Regime in die Hände, unbewußt öffnest du dem Fluch der Kommandowirtschaft und der Massensozialisierung auch hier in Bayern Tür und Tor.

**Wenn du eine kleine Partei wählst**, dann wirfst du damit deine Stimme nutzlos weg. Der lachende Dritte, der den Vorteil davon hat, ist wieder die Sozialdemokratie.

**Die Bayernpartei**, auch wenn sie noch so laut von sich spricht, ist in der Gesamtheit der deutschen Länder eine kleine, buntgewürfelte Zwergpartei; sie wird keine tragende Position im Deutschen Bund einnehmen können.

Wenn man die **letzten Wahlergebnisse** in den 11 deutschen Ländern zusammenzählt, dann zeigt sich, daß nur zwischen den zwei wirklich großen Parteien die Entscheidung über die Führung in Deutschland fallen kann und wird:

Die CDU/CSU hatte zuletzt insgesamt 7,3 Millionen Stimmen.  
Die SPD hatte zuletzt insgesamt 6,7 Millionen Stimmen.

Die Entscheidung, ob das politische Gesicht Deutschlands christlich bleibt oder ob Deutschland von einer roten Mehrheit regiert und sozialisiert wird, fällt mit dieser geschichtlichen Wahl zum 1. Deutschen Bundestag.

Die Christlich-Soziale Union umschließt die Männer und Frauen aller christlichen Bekenntnisse!

Sie umschließt die Angehörigen aller Klassen.

Die Christlich-Soziale Union umschließt alt und jung.

Die Christlich-Soziale Union umschließt Alteingesessene und Neubürger.

Die Christlich-Soziale Union will all diese Angehörigen unseres Volkes zu einer **Gemeinschaft** vereinigen, die für Heimat und Volk ihre beste Kraft gibt und die im Bundestag arbeiten wird unter dem Motto:

**Ein starkes Bayern in einem gesunden Deutschland!**

# ANHANG

## I.

### Die Mitläufer-Frage

Es ist verständlich, daß die Welt, wenn sie an Deutschland denkt, zunächst danach fragt, ob sich denn dieses **Deutschland wirklich vom Nationalsozialismus abgewandt** und eine innere geistige Wandlung durchgemacht habe.

Hiezu läßt sich antworten, daß der Hitlerismus im deutschen Volke wirklich erledigt ist. Soweit eine Entzauberung notwendig war, ist sie längst vollzogen.

Es gibt **keine Gefahr einer Restauration des nazistischen Regimes in Deutschland.**

Eine Sorge in dieser Richtung würde an tatsächlichen Gefahren vorbeiführen.

Diese Gefahren liegen in der geistig-politischen Situation der Welt.

Der Nationalsozialismus war ja nicht eine völlig abgekapselte und isolierte deutsche Zeiterscheinung.

Er war nur ein besonders schlimmer und krasser Ausbruch einer weitverbreiteten Zeitkrankheit.

Überall in der Welt stehen sich die Ideen von der Freiheit des Menschen, von der Würde der Persönlichkeit und alle Ideale, auf denen freie demokratische Staatswesen beruhen, der Anfeindung totalitärer und tyrannischer Machtstrebungen gegenüber.

In diesem Sinne ist der Nationalsozialismus ebensowenig überwunden wie der Kommunismus.

Die Gefahr der Zeit ist ihr Zug zum kollektivistischen und totalitären Denken.

**Dieser Gefahr, in die natürlich auch Deutschland weiterhin hineingezogen ist, kann bei uns ganz gewiß nicht dadurch begegnet werden, daß man unser Volk auf die Dauer in ehemalige Nichtnazis und ehemalige Nazis nach rein formalen Gesichtspunkten abstempelt.**

Wenn die Entnazifizierung des deutschen Volkes sich nur in den Ergebnissen der von Anfang an wenig glücklichen und im Endstadium der Durchführung **ganz unglücklichen Prozedur der gesetzlichen Entnazifizierung ausdrücken würde**, dann müßte man sehr besorgt sein.

Darum ist es **dringend an der Zeit, daß dieses Stadium endlich abgeschlossen und überwunden wird.**

Vor allem dürfen zu alten Sünden keine neuen Sünden hinzugefügt werden.

Eine solche **Sünde** sehe ich in der Art und Weise, wie eine **Mehrheit unseres Landtages** gegen die Vorschläge der Regierung die **Mitläuferfrage** im Wahlgesetz geregelt hat.

Damit will ich keineswegs der Warnung Ausdruck verleihen, man solle über alle Akteure einer dunklen Vergangenheit den Schleier der christlichen Nächstenliebe breiten.

Das Schlimme ist die formale Klassifizierung ohne Rücksicht, was einer war und was einer ist.

Auch dies scheint mir in die Kategorie der **kollektivistischen Behandlungsweisen** zu gehören.

Die Hand des Bayerischen Landtages wäre wohl eine glücklichere gewesen, wenn er bei der Entscheidung **über die Frage des passiven Wahlrechtes der Mitläufer** sich für die Methode der Individualisierung des einzelnen Falles hätte entschließen können und nicht Leute in einen Topf geworfen hätte, die nun und nimmermehr in einen Topf geworfen werden können, wenn nicht das Gefühl einer großen Ungerechtigkeit erzeugt werden soll.

Die Entscheidungen, die hier gefallen sind, können **unmöglich das letzte Wort** in dieser Frage sein.

(Ministerpräsident Dr. Ehard am 17. Juli 1949 in München)

\*

### Dr. Ehards Antwort an die Bayernpartei

Die Herren von der Bayernpartei versuchen ihre **Wahlgeschäfte** zum Teil damit zu machen, daß sie dem bayerischen Volke erzählen, daß ich eigentlich das größte Unglück für Bayern sei, da ich als Ministerpräsident die bayerischen Interessen schlecht und unfähig vertreten hätte.

Man ist soweit gegangen, mich als reif für einen Landesverratsprozeß vor dem Verfassungsgerichtshof zu bezeichnen!

Ich nehme diese Anwürfe mit der gleichen Kühle, Ruhe und Gelassenheit zur Kenntnis, wie die mir häufig von der gleichen Seite gegebenen Versicherungen, daß es niemanden in Bayern gäbe, in dessen Händen die bayerischen Interessen besser aufgehoben seien, als in den meinen.

Allerdings muß ich hinzufügen, daß man bei der Abgabe solcher Komplimente mich gleichzeitig auch immer belehrte, daß ich Verständnis dafür haben müßte, daß die Bayernpartei nun einmal doch eine Oppositionspartei sei und deshalb in der Öffentlichkeit natürlich etwas anders, sogar etwas grob reden müsse, um ihre **bajuwarischen Radikalinskis** zu befriedigen.

Ich habe dafür Verständnis.

Aber es gibt Grenzen des Verständnisses auch für einen wenig empfindlichen Ministerpräsidenten, wenn seine Arbeit so entstellt wird, daß er auf die Stufe eines politischen Verbrechers degradiert wird.

Da hört auch bei mir die Gemütlichkeit auf.

Ich glaube, daß das, was ich für Bayern getan habe, **vor der bayerischen Geschichte** bestehen kann, allerdings auch **vor der deutschen**.

Man sagt, man solle die Kanonaden der Bayernpartei nicht tragisch nehmen, da sie ja keine Verantwortung habe.

Das Letztere kann nicht anerkannt werden.

Die Bayernpartei trägt bereits **Verantwortungen** und zwar erhebliche Verantwortungen, die sich für unser Land **leider recht negativ** auswirken.

Die Bayernpartei meint, wir wären in Bonn nicht so weit gekommen, wenn sie nicht gewesen wäre.

Auf Grund der tatsächlichen Erfahrungen, die wir machen mußten, sind wir der Auffassung, daß wir in Bonn **vielleicht weitergekommen wären**, wenn die föderalistischen Zielsetzungen Bayerns durch die Bayernpartei nicht vielfach in ein so **schiefes** und die Dinge **verzerrendes Licht** gerückt worden wären!

Die Bayernpartei sagt darauf: Es ist uns völlig egal, was man außerhalb Bayern politisch über Bayern denkt!

Es sei geradezu unsere Schwäche, daß wir nach so etwas frügen!

Wir wiederum sind der anderen Meinung, daß es nicht gut sei, den Föderalismus von Bayern her so zu traktieren und zu maltrahieren, daß alle übrigen Föderalisten in Deutschland sich beunruhigt abwenden.

Das alles sind sehr **wesentliche** Dinge, die uns von der Bayernpartei **unterscheiden** und die keineswegs aus der Perspektive der parteipolitischen Rivalität gesehen werden, sondern bei denen es sich um sehr ernste Fragen der politischen Zukunft Bayerns handelt.

Die durch die Bayernpartei hervorgerufene **Spaltung der bayerischen Front** kann nur zu einer Schwächung der gesamt-bayerischen Position führen.

Allein aus dieser Sorge ergibt sich meine Haltung zu dieser Partei.

Wenn das bayerische Volk bei den Bundestagswahlen sich nicht klar für eine **realistische** und **praktisch ausführbare** bayerische Politik entscheidet, wie ich sie auch nach Aussagen meiner politischen Gegner nicht ohne Erfolg vertreten habe und verträte, dann sehe ich schwarz für Bayern.

Der politische Nutznießer wird gewiß **nicht** die Bayernpartei sein.

Das eigentliche bayerische Programm der Bayernpartei ist kaum zu definieren.

Das Ideal, das einem die Bayernparteileute immer wieder vordozieren, wäre ein loser deutscher **Staatenbund**.

Der Bundesstaat mit einer echten bundesstaatlichen Gewalt ist ihnen schon zu viel des Guten.

Angenommen, dieser Wunsch wäre tatsächlich der Wunsch einer überwiegenden Majorität des bayerischen Volkes, was **keineswegs der Fall** ist, dann wäre Bayern ganz bestimmt das einzige der deutschen Länder, das diesen Wunsch hätte.

Denn es ist eine Tatsache, daß es **außerhalb Bayerns in Deutschland niemanden gibt**, der für eine solche lose, die Ergebnisse der deutschen Einigungsbewegung des neunzehnten Jahrhunderts völlig ignorierenden **Staatskonzeption** Verständnis hätte und bereit wäre, dafür praktisch einen Finger zu rühren.

Das heißt aber, daß diese Konzeption als deutsche Staatskonzeption eine **politische Utopie** ist.

Es fehlen alle Voraussetzungen für ihre Verwirklichung.

Dazu müßte in allen anderen deutschen Ländern eine völlige Wandlung des deutschen Staatsbewußtseins und Staatsdenkens eintreten.

Was wäre aber die **Folge**, wenn Bayern allein auf einer solchen Idee beharren würde und sie praktisch durchsetzen würde?

**Doch nur die Separation!**

Man könnte auch sagen: eine völlig separate Behandlung eines Bayern, das sich als deutsche Sondermacht dem übrigen Deutschland gegenüber etablieren müßte.

Ist es nun eine böse Unterstellung oder die Wahrheit, wenn man folgert, daß diese Politik **entweder** die Politik eines **utopischen Föderalismus** oder eines sich aus den Konsequenzen ergebenden **Separatismus** sei?

Geht man von solchen politischen Spekulationen, über die sich am Kamin oder am Biertisch sehr nett reden läßt, in den Bereich der praktischen Politik zurück, dem auch die Bayernpartei unterworfen ist, dann bleibt nichts anderes übrig, als **bayerische Politik im Rahmen der Möglichkeiten** zu machen, die in einem Bundesstaat gegeben sind.

Die Bayernpartei hält es uns als Unkonsequenz vor, daß wir die neue Verfassung wohl abgelehnt hätten, weil uns ihr Inhalt nicht genügend föderalistisch erschien, auf der anderen Seite aber ihre Rechtsgültigkeit ausdrücklich anerkannt hätten, nachdem die rechtlichen Voraussetzungen für die Gültigkeit der Verfassung gegen unseren Willen geschaffen worden waren.

Man könnte der Bayernpartei ebensogut entgegenhalten, daß sie **unkonsequent** sei, wenn sie **überhaupt Abgeordnete in den Bundestag entsendet**.

Denn sie tut de facto damit auch nichts anderes, als den **geschaffenen Verfassungszustand anerkennen!**

Geht sie in den Bundestag, dann bleibt ihr auch nichts anderes übrig wie der CSU, nach Maßgabe ihrer Kräfte im Rahmen des Erreichbaren auf die Bundesgesetzgebung Einfluß zu nehmen.

Sie muß sich dann entscheiden, ob sie praktische Arbeit leisten oder sich auf das bloße **Protestieren** beschränken will.

Die bayerische Geschichte ist voller großer und kleiner Beweise, daß die Ergebnisse einer ausgesprochenen **Protestpolitik** immer sehr mager waren und weiterhin sehr mager bleiben werden.

Es gibt **Länder** in Deutschland, die von jeher und neuerdings **sehr geschickt ihre eigenen Landesinteressen vertreten**, ohne daß hierzu dauernd laute Fanfaren geblasen werden und ohne daß es als besondere politische Weisheit gehalten wird, im eigenen Laden dauernd möglichst recht viel Porzellan zu zerschlagen, damit es einen ordentlichen Krach gibt. Krach scheint überhaupt manchem unserer lieben Landsleute das Wesen einer ordentlichen Politik zu sein.

\*

## Die wahre Haltung der SPD zu Kirche und Familie

In letzter Zeit hat die Sozialdemokratie zum Zwecke des Stimmenfangs vielfach den Eindruck zu erwecken versucht, als sei sie von ihrer früheren, notorisch kirchenfeindlichen Haltung abgerückt.

Demgegenüber ist es notwendig, auf einige neuere sozialdemokratische Äußerungen hinzuweisen, die erkennen lassen, daß es sich hier nur um Wahlmanöver handelt und die Grundhaltung der sozialdemokratischen Partei in Sachen der Kultur, der Ehegesetzgebung und des Verhältnisses zu den christlichen Kirchen unverändert geblieben ist.

1. **Dr. Schumacher** hat in Köln am 11. September 1946 im Eisstadion gesagt: „Die SPD verfolgt eine andere Politik als Herr Frings — das ist der Kölner Kardinal Frings — weil die Politik Seiner Eminenz den Schlotbaronen und Immobilienbesitzern nützlich sei, aber einen großen Teil des deutschen Volkes zum Verhungern bestimmen kann.“

2. Die „**Sozialistische Rundschau**“ für den Bezirk Ostwestfalen-Lippe, ein Blatt für die Parteifunktionäre, hat am 1. 2. 1947 geschrieben:

„Man wird auch den jüngeren und vor allem den älteren zur Partei stoßenden Genossen Zeit lassen müssen, um sich von ihren bürgerlichen Anschauungen zu trennen. Wenn aber alte, in der Partebewegung ergraute Genossen noch Mitglieder einer Kirche sind, so zeigt das, wie wenig sich diese mit dem eigentlichen Wesen der Partei befaßt haben. Nun mag das noch hingehen, wenn es sich um einfache Genossen handelt, viel schlimmer aber ist es, wenn führende Genossen und Parteiredner sich in öffentlichen Versammlungen vom Rednerpult aus zur Kirche bekennen. Diese Herren hätten dann doch lieber Pfarrer werden sollen; dann würden sie für ihre christlichen Ergüsse ein geeigneteres Publikum vorfinden. Für einen wirklichen Sozialdemokraten wirken solche Redensarten ekelregend. Die Kirche ist und bleibt der stärkste Feind der Partei.“

3. Herr **Dr. Schumacher** hat auf dem SPD-Parteitag Mitte September 1948 in Düsseldorf folgendes verlesen lassen:

„Die Abart des Begriffs der persönlichen Freiheit, mit dem die CDU arbeitet, existiert nicht und ist eine wenig zeitgemäße Lehre von dem isolierten und atomisierten Individuum.“

4. Bei den Beratungen im **Parlamentarischen Rat** hat man zur Begründung eines SPD-Antrages auf Gleichstellung des unehelichen Kindes mit den ehelichen, auch in bezug auf das Erbrecht gegenüber dem Erzeuger, folgendes gesagt: Es heißt an den Realitäten des Lebens vorbeigehen, wenn wir nicht klar sehen, daß sich heute außerhalb der Ehe neue Lebensformen bilden, die keineswegs als unmoralisch und nicht zu billigen anzusehen sind. Die Grundsätze der Familie und der Ehe sind vom Leben durchbrochen. Das Leben schafft sich seine eigenen Gesetze.

5. Daran anschließend hat der SPD-Abgeordnete **Dr. Grewe** folgendes gesagt: „Der Satz, die Ehe ist die rechtmäßige Form der Lebensgemeinschaft von Mann und Frau, kann niemals geltendes Recht sein.“

6. Den Vogel schießt aber auch in dieser Hinsicht der sozialdemokratische Führer **Dr. Schumacher** ab, der am 25. 6. 1949 auf einer Massenkundgebung seiner Partei in Gelsenkirchen sich mit der Konkordatsfrage befaßte und dabei mit Bezug auf die **Kirche** folgenden Satz von sich gab: „Wir denken nicht daran, das deutsche Volk **einer fünften Besatzungsmacht** zu unterwerfen.“